

Leviathan

Zeitschrift für Sozialwissenschaft

19. Jahrgang · 1991
Heft 1

Sonderdruck

Durch den Buchhandel nicht zu beziehen
© Westdeutscher Verlag GmbH, Opladen 1991

Westdeutscher Verlag

Alain Lipietz

Die Beziehungen zwischen Kapital und Arbeit am Vorabend des 21. Jahrhunderts*

I. Methodologische Einleitung

Die zukünftige Entwicklung der Beziehungen zwischen Kapital und Arbeit vorherzusagen, ist alles andere als einfach. Selbst wenn man nur die fortgeschrittensten kapitalistischen Länder nimmt, kann man bereits eine große Spannweite industrieller Beziehungen feststellen. Und gerade in diesen Ländern nehmen die Unterschiede im Vergleich zu den 50er und 60er Jahren, als das Muster des „Fordismus“ vorherrschte, weiter zu. Vielleicht handelt es sich lediglich um eine vorübergehende Situation, und die Periode eher zufälligen Suchens nach neuen industriellen Paradigmen, nach neuen Spielregeln, ist nur eine Folge der ökonomischen Krise.¹ Möglicherweise entsteht daraus eine neue und weithin gültige paradigmatische Ordnung der industriellen Beziehungen. Genausogut könnte es jedoch sein, daß die Dominanz einer spezifischen Form der Arbeitsbeziehung wie in den Zeiten des Fordismus nur eine einmalige Situation in der Geschichte des Kapitalismus war und die Zukunft weniger klare und eindeutige Konturen hat. Prinzipiell können vielerlei Formen und Beziehungen zwischen Kapital und Arbeit nebeneinander existieren, sogar in ein und demselben Land. Vielleicht gibt es paradigmatische Ordnungen ohnedies nur in den Köpfen der Theoretiker, denen daran gelegen ist, die vielfältige Realität zu vereinfachen und die chaotische Empirie für ihre Bedürfnisse zuzuschneiden. „Fordismus“ und „Taylorismus“ hat es in Reinkultur jedenfalls nie gegeben.

- * Mein Text ist die Zusammenfassung eines von Steven Marglin und Juliet Schor koordinierten Forschungsprojektes über Capital-Labor-Relations, das vom World Institute for Development Economic Researches (WIDER) der Universität der Vereinten Nationen in Helsinki durchgeführt wird. Die verschiedenen Studien dieses Forschungsprogramms (zitiert als „WIDER-Projekt“), die im vorliegenden Essay vorgestellt werden, analysieren die Beziehungen zwischen Kapital und Arbeit in allen Regionen der Welt.
- 1 Diese Terminologie soll später präzisiert werden. Äquivalente Begriffe werden in der amerikanischen Theorie der „Social Structure of Accumulation“ (Bowles/Gordon/Weisskopf 1986), der französischen Regulationstheorie (Boyer 1986; Lipietz 1985a) und in den früheren Arbeiten des WIDER-Projekts benutzt (Glyn et al. 1988). Das Wort „Paradigma“ sollte sowohl in seiner ursprünglichen griechischen („Exempel“) als auch in der modernen linguistischen und epistemologischen Bedeutung (ein Set von Begriffen, die durch eine einheitliche Idee miteinander verbunden sind wie die Zweige eines Baumes) verstanden werden.

Demnach scheint es so zu sein, daß eine vorausschauende Analyse der Beziehungen zwischen Kapital und Arbeit, ja daß jede in die Zukunft verlängerte Analyse sozialer Formationen sinnlos ist. Aber es gibt Grund zu der Annahme, daß die gesellschaftlichen Beziehungen doch einer gewissen Ordnung gehorchen und typische Formen entwickeln. Das wichtigste Argument für diese Annahme besteht darin, daß alle, die sich an den Auseinandersetzungen um die zukünftige Gestalt sozialer Systeme beteiligen, ihre Absichten in einer vergleichsweise ähnlichen Situation verfolgen müssen. Ihr Ziel muß es sein, das Optimum oder wenigstens ein ausreichendes Maß an Effizienz zu erreichen, um im Wettbewerb divergierender Interessen bestehen zu können. Alle Beteiligten in diesem Prozeß tendieren dazu, die Verhaltensweisen der anderen zum Vorbild des eigenen Verhaltens zu machen: Man wälzt Bücher über die Fragen des Managements, liest die Kolumnen der ökonomischen Zeitschriften und folgt den jeweiligen Moden. Kurz, die Menschen sind lernfähige Wesen, und die vorausschauende Analyse lebt davon, daß es in diesen Lernprozessen zu Überschneidungen kommt.

Trotzdem wäre es ein Irrtum zu glauben, daß im Prozeß der Bildung sozialer Formationen jeweils nur eine Lösung möglich ist. Auf dem Gebiet der industriellen Beziehungen wird häufig mit der Annahme gearbeitet, daß es einen objektiven Fortschritt der Produktivkräfte gibt, von dem die sozialen Beziehungen abhängen. Diese Idee, die man in älteren marxistischen Texten und in vielen Schriften über die angebliche Zwangsläufigkeit der gegenwärtigen Informationsrevolution immer wieder findet, ist empirisch unglaubwürdig geworden. Zwischen der technologischen Entwicklung und der Durchsetzung typischer Arbeitsbeziehungen liegt das weite Feld auseinanderstrebender Interessen, deren Gegensätzlichkeit allenfalls durch nationale oder lokale Verhandlungstraditionen und Übereinkünfte gemäßigt wird. Ein industrielles Paradigma ist ein gesellschaftlicher *Kompromiß*, der vom Management und von den Arbeitern mehr oder weniger widerstrebend akzeptiert wird. Darüber hinaus beeinflusst das jeweilige Paradigma selber die Form und die Richtung der technologischen Entwicklung.

Zum Glück – jedenfalls für denjenigen, der sich über den zukünftigen Gang der Entwicklung Gedanken macht – hat das Jahr 1989 die Situation auf dramatische Weise vereinfacht. Abgesehen von der großen, tragischen, doch vermutlich vorübergehenden Ausnahme der Volksrepublik China und abgesehen von den eher anekdotenhaften Ausnahmen Nordkorea, Vietnam, Kuba und Albanien sind die „sozialistischen Länder“ innerhalb weniger Monate auf „normale“ Beziehungen zwischen Kapital und Arbeit umgeschwenkt. Auch sie favorisieren jetzt eine Wirtschaftsform, in der warenproduzierende und von Managern geleitete Unternehmen auf der Basis des Marktes Arbeitskräfte je nach Bedarf einstellen oder entlassen. Heute läßt sich fast mit Sicherheit sagen, daß der Anfang des 21. Jahrhunderts kapitalistisch sein wird. Bleibt nur die Frage: Was für ein Kapitalismus? Auch wenn die im Osten vorherrschenden komplexen Arbeitsbeziehungen (vgl. Köllö 1990) zu einer bloßen Kuriosität der Vergangenheit werden, ist die Zukunft der ehemaligen sozialistischen Länder alles andere als gewiß. Sie können sich

dem englischen, dem schwedischen oder jedem anderen neuen und originellen Kompromiß annähern. Auch in den OECD-Ländern ist man sich ja keineswegs mehr darüber einig, wie heute die „normale Form“ der Arbeitsbeziehungen im Kapitalismus aussehen sollte (vgl. Boyer 1990).

Darüber hinaus haben mit dem Zusammenbruch des „östlichen Wegs zum Sozialismus“ alle „nationalen Wege zum Sozialismus“ in der Dritten Welt, von Indien bis Algerien, an Anziehungskraft verloren. Die Beziehungen zwischen Kapital und Arbeit werden sich dort mit Sicherheit als ein Gemisch unterschiedlicher Formen präsentieren, von wenig entwickelter Kleinproduktion bis zu quasi-japanischen Modellen (zum indischen Beispiel vgl. Mohan Rao 1990). Wird die Entwicklung zum „brasilianischen Typus“ führen (Amadeo/Camargo 1990) oder eher zum „koreanischen Typus“ (You 1990)? Werden wir eine neue Welthierarchie zu erwarten haben, je nachdem für welches Modell von Arbeitsbeziehungen sich die einzelnen Länder entscheiden?

Es erscheint also ganz offen, wohin die zukünftige Entwicklung gehen wird. Aber da die Arbeitsbeziehungen auf jeden Fall konsistent sein müssen, hat die Offenheit auch ihre Grenzen. Die Arbeitsbeziehungen müssen erstens in sich selber konsistent sein, das heißt ihre einzelnen Aspekte, also Lohnabschlüsse, Gewerkschaftsorganisation, Ausbildungs- und Förderungseinrichtungen der Arbeitskräfte etc., müssen zueinander passen. Zweitens müssen sie mit dem breiteren Kontext des sozialen Lebens innerhalb bestimmter Territorien, das heißt mit den allgemeinen Zielen und akzeptierten Lebensregeln der jeweiligen Gesellschaft verträglich sein. Drittens müssen sie mit der Makroökonomie und der Sozialstruktur des jeweiligen Akkumulationsregimes in Einklang stehen, sowohl auf nationaler wie auf internationaler Ebene. Und schließlich werden heute der Entwicklung durch die globale ökologische Situation enge Grenzen gesetzt. Das heißt freilich nicht, daß die durch die Ökologie gesetzten Grenzen am Vorabend des 21. Jahrhunderts bereits überall akzeptiert würden. Aber wenn sie weiterhin und auf Dauer ignoriert werden, kann Mitte des kommenden Jahrhunderts alles außer Kontrolle geraten.

II. Zwei Wege aus dem Fordismus

Während der gesamten Nachkriegszeit standen den Entwicklungsländern immer nur zwei Modelle zur Verfügung: das westliche und das „sozialistische“. Das sozialistische Modell hat sein völliges Scheitern eingestehen müssen, und „Perestroika“ ist bislang nicht mehr als ein Slogan, jedenfalls kein ausgereiftes Modell. Gleichzeitig erlebte im Norden und Westen der Welt der Kapitalismus sein „Goldenes Zeitalter“. Das Entwicklungsmodell dieses Zeitalters, der Fordismus, war zwar in den 70er und 80er Jahren in eine schwere Krise geraten. Doch glaubte niemand ernsthaft, daß es sich dabei um die „endgültige Krise“ handeln würde. Im Gegenteil, es kam eine rege Reformdiskussion in Gang, und am Ende der 80er Jahre scheint die Diskussion ein vielversprechendes Ergebnis zu zeitigen.

1. Aufstieg und Fall des Goldenen Zeitalters²

Ich will zunächst kurz rekapitulieren, was mit Fordismus gemeint ist. Er läßt sich in dreifacher Hinsicht analysieren.

1. Als allgemeines Modell der Arbeitsorganisation ist Fordismus nicht mehr als Taylorismus plus Mechanisierung. Taylorismus impliziert eine strikte Trennung zwischen der Konzeption der Arbeitsprozesse einerseits und der Ausführung der standardisierten und formell vorgeschriebenen Arbeitsaufgaben andererseits. Als Mechanisierung bezeichne ich die Form, in der das kollektive Organisations- und Methodenwissen in den materiellen Produktionsapparat eingeht.

2. Als makroökonomisches Muster (Akkumulationsregime, soziale Struktur der Akkumulation) verstanden, besagt Fordismus, daß die Zunahme der Produktivität, die sich aus den soeben charakterisierten Produktionsprinzipien ergibt, auf der einen Seite von einem durch die Profite finanzierten Anstieg der Investitionen und auf seiten der Lohnempfänger von einem Anstieg der Kaufkraft begleitet wird. Dem Modell entsprechend besteht das Ergebnis darin, daß Lohnanteil und Kapital-Arbeitsleistungs-Rate annähernd konstant bleiben, daß die Profitrate stabil ist und daß der Absatz der Produktions- und Konsumgüter mit der Zunahme der Produktivität Schritt hält.

3. Als ein System von Spielregeln (als Form der Regulation) impliziert der Fordismus ein langwieriges Aushandeln von Lohnabschlüssen, rigide Bestimmungen bei Entlassungen und regelmäßige, nach Lebenshaltungskosten und allgemeiner Produktivität bemessene Lohnerhöhungen. Darüber hinaus wird den Lohnempfängern durch sozialstaatliche Umverteilungen und durch das System der Sozialversicherungen die Regelmäßigkeit ihres Einkommens garantiert. Als Gegenleistung akzeptieren die Gewerkschaften die Privilegien des Managements. Auf diese Weise werden von allen Beteiligten sowohl die Organisationsprinzipien des Arbeitsprozesses wie die entsprechenden makroökonomischen Muster respektiert.

Der Erfolg des „Goldenen Zeitalters“ basierte also darauf, daß die Binnenmärkte jedes einzelnen fortgeschrittenen kapitalistischen Landes durch die gesteigerte Kaufkraft der Lohnempfänger stark erweitert werden konnten. Wegen der Gleichzeitigkeit des Wachstums in diesen Ländern, wegen der geringen Bedeutung des internationalen Handels im Vergleich zum Wachstum der Binnenmärkte und wegen der unbestrittenen Vormachtstellung der US-Wirtschaft spielten äußere Faktoren in diesem Prozeß nur eine begrenzte Rolle.

In den späten 60er Jahren jedoch flachte der Aufwärtstrend des „Goldenen Zeitalters“ ab. Der erste und augenscheinlichste Grund dafür lag auf der Seite der Nachfrage. Der Zwang zu ökonomischem Wachstum führte zu einer Internationalisierung von Produktionsprozessen und Märkten, und die Vereinigten Staaten, Europa und Japan wurden zu gleichrangigen Konkurrenten. Der Preisanstieg

2 Der folgende Abschnitt ist eine Zusammenfassung von Glyn et al. 1988 und Lipietz 1985, 1989b.

der importierten Rohstoffe, vor allem beim Öl, brachte Anfang der 70er Jahre zusätzlich Bewegung in den Wettbewerb. Die Regulierung des Wachstums der Binnenmärkte durch die Mittel der Lohnpolitik wurde nun durch die Notwendigkeit, den Außenhandel im Gleichgewicht zu halten, in den Hintergrund gedrängt.

Angesichts dieser Krise auf der „Nachfrageseite“ reagierten die internationalen Eliten so, wie man es von treuen Keynesianern erwarten kann. Sie verfielen auf den Gedanken, die internationale Nachfrage zu koordinieren (durch OECD, IMF, Trilaterale Kommission etc.). Das war die Linie, die die Verhandlungen auf dem ersten Weltwirtschaftsgipfel 1975 in Rambouillet bestimmte. Da die Krise mit der mangelnden Nachfrage zu tun habe, so die Überlegung, müsse die Politik mit nachfragefördernden Mitteln eingreifen. Aber die Sorge um die Nachfrage blieb Deklamation. Tatsächlich verlangsamte sich der Reallohnanstieg dramatisch, und immer mehr Unternehmen verlegten ihren Sitz in Gebiete, in denen es keine Gewerkschaften gab, oder wichen in Dritte-Welt-Länder aus. Die grundlegende Struktur des Fordismus blieb in den fortgeschrittenen kapitalistischen Ländern jedoch erhalten.

Gegen Ende der 70er Jahre aber schlug die Stimmung in den internationalen Eliten der kapitalistischen Welt um. Die nachfrageorientierte Reaktion auf die Krise hatte zwar eine Depression abgewendet, aber den Fall der Profitrate hatte sie nicht aufhalten können. Die Ursachen dafür lagen nicht in mangelnder Nachfrage, sondern hingen mit den Bedingungen auf der Angebotsseite zusammen, vor allem mit der Verlangsamung der Produktivitätsrate bei gleichzeitigem Ansteigen der Gesamtarbeitskosten, mit der Verschlechterung der Kapital-output-Rate und mit der Verteuerung der Rohstoffe. Unter diesen Konditionen konnten keynesianische Maßnahmen wie die – ohnehin sehr begrenzte – Anhebung des Reallohns und eine gewisse monetäre Laxheit nur eine Inflation und eine Erosion der Geldwerte, vor allem des Dollars, zur Folge haben. Diese Erfahrungen bildeten den Hintergrund für die Hinwendung zur angebotsorientierten Politik und zur Veränderung der industriellen Beziehungen, die nun einsetzte. Seitdem stehen das ökonomische Paradigma des Fordismus und die mit ihm verbundenen Spielregeln selber zur politischen Disposition.

Für die im Fordismus auftretenden Angebotsprobleme gibt es zwei Erklärungsversuche. In der Tradition Kaleckis wird der relative Preisanstieg bei Arbeitsleistungen und Rohstoffen mit dem langen Boom des „Goldenen Zeitalters“ in Zusammenhang gebracht. Demnach ist der Profitengpaß („profit squeeze“) auf Expansion und Vollbeschäftigung zurückzuführen (Itoh 1980; Armstrong/Glyn/Harrison 1984). Ferner habe der Wohlfahrtsstaat die mit Arbeitslosigkeit verbundenen Risiken erheblich gemildert (Bowles 1985) und damit indirekt ebenfalls zum Rückgang der Produktivität beigetragen. Diese „profit-squeeze“-Analyse wurde Ende der 70er Jahre in den Rang einer gleichsam offiziellen Erklärung der Angebotsprobleme erhoben. Der Profit, so hieß es, sei deswegen so niedrig, weil die Position der Arbeiter (und der Rohstoffanbieter) zu stark sei. Das wiederum

sei auf die zu „rigiden“ Spielregeln zurückzuführen, die auch die Schwierigkeiten bei der Umstrukturierung des Produktionsapparats verursachten und dafür verantwortlich seien, daß die Möglichkeiten der neuen Technologien nicht angemessen genutzt werden könnten. 1980, nach dem zweiten Ölschock, wurde diese Analyse auf dem Wirtschaftsgipfel in Venedig zur Leitlinie der offiziellen Politik. Statt der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit sollte nun der Bekämpfung der Inflation „Priorität“ eingeräumt werden. Durch die Steigerung der Produktivität und durch den Versuch, das Kapital von absterbenden Industriezweigen in aufstrebende, vom öffentlichen in den privaten Sektor und von der Konsumtion in die Investition umzulenken, sollte dieses Ziel erreicht werden. Alles, was dagegen nur dazu diene, wie es hieß, „partikulare Interessen vor den Härten der Anpassung zu schützen“, sollte vermieden werden. Mit anderen Worten: Das erklärte Ziel der Politik bestand darin, die rigiden Regeln des Fordismus über Bord zu werfen.

Diese Politik der „liberalen Flexibilisierung“ wurde zunächst in England und dann von den amerikanischen Regierungen praktiziert, sie wurde schließlich von vielen OECD-Ländern und sogar vom sozialistisch-kommunistisch regierten Frankreich übernommen (vgl. Lipietz 1984). Nach der Rezession Anfang der 80er Jahre trat 1983 eine Erholung der Konjunktur ein. Sie ist jedoch eher das Resultat einer Neuauflage keynesianischer Haushaltspolitik (Lipietz 1985b, 1989b), und es ist schwierig zu bestimmen, welchen Anteil die Politik der liberalen Flexibilisierung daran hat. Die Erfahrung der 80er Jahre spricht jedenfalls nicht für die Länder, die die Politik der Flexibilisierung am weitesten getrieben haben, also die USA, England und Frankreich. Im Gegenteil: Diese Länder erlebten nicht nur einen Niedergang ihrer Industrie, sondern mußten auch Handelsdefizite hinnehmen. Umgekehrt sind die Länder, die als Gewinner aus dem Wettbewerb der 80er Jahre hervorgegangen sind, eher dadurch charakterisiert, daß sie einer anderen Lösungsstrategie den Vorzug gegeben haben.

Zurück zur theoretischen Interpretation der Angebotskrise des Fordismus. Eine Alternative oder besser: eine ergänzende Erklärung der Kaleckischen „full employment profit squeeze-Theorie“ führt die Krise darauf zurück, daß die Effizienz der tayloristischen Prinzipien an ihre Grenzen gestoßen ist. Zwar könne die Vollbeschäftigung die Ursache dafür gewesen sein, daß die Wachstumsrate der Produktivität Ende der 60er Jahre abnahm, aber sie sei nicht dafür verantwortlich zu machen, daß sich die Tendenz seit dieser Zeit trotz einer besseren Kapital-output-Rate weiter fortsetzte. Die Ursachen, so lautet die Vermutung, müssen also woanders liegen: in der Struktur der Arbeitsbeziehungen. Die Krise habe damit zu tun, daß die Ausklammerung der Arbeiter von jeder Initiative bei der Gestaltung der Arbeitsprozesse irrational geworden sei und den Fortgang der Produktivität hemme. Der Taylorismus sichere dem Management zwar die direkte Kontrolle über die Arbeit, aber wenn die Einführung neuer Technologien oder die Umstellung der Produktion auf „just-in-time“-Fertigung das Engagement aller direkt Betroffenen und ihre unmittelbare Kooperation mit Managern und Konstrukteuren erforderlich machten, erweise sich eine größere Verantwortung und Autonomie auf

seiten der Arbeiter als das bessere Prinzip.³ Damit war der Weg vorgezeichnet, den große Unternehmen in Japan, der Bundesrepublik und Skandinavien eingeschlagen haben. Daß sich genau in diesen Ländern das Modell der Aushandlung und Mitwirkung als Lösung der Krise des Fordismus durchsetzen konnte, ist auf spezifische organisatorische Rahmenbedingungen und auf den Druck der Gewerkschaften zurückzuführen (vgl. Mahon 1987).

Ende der 80er Jahre wird die Überlegenheit dieses Modells nicht nur in dieser zweiten Gruppe von Ländern, sondern auch von der Management-Literatur und den Fach-Journalisten aus den Ländern der ersten Gruppe immer stärker anerkannt. Dafür sind natürlich in erster Linie die Wettbewerbserfolge der ersten Gruppe ausschlaggebend. Aber die Schwierigkeiten, die mit dem Versuch verbunden waren, unter den Bedingungen der liberalen Flexibilisierung die neuen Technologien einzuführen, trugen ebenfalls zum Gesinnungswandel des Managements bei.⁴

2. Was kommt nach dem Fordismus?

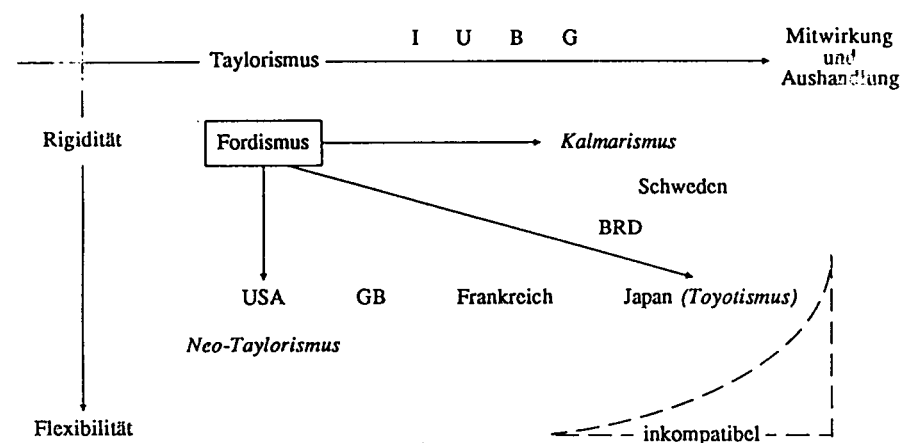
Die beiden vorgestellten Lösungsversuche der Krise lassen sich als zwei Achsen denken, die von den Eigenschaften der fordistischen Arbeitsbeziehungen wegführen (vgl. Abb. 1). Die erste Lösung beschreibt die Entwicklung von „Rigidität“ zu „Flexibilität“, die zweite den Übergang von „direkter Kontrolle“ zu „verantwortlicher Autonomie“. In anderer Terminologie ausgedrückt: Die erste Achse bezieht sich auf den „externen Arbeitsmarkt“, d.h. auf die Beziehungen zwischen den Unternehmen und den auf dem Markt verfügbaren Arbeitskräften. Die zweite Achse bezieht sich auf den „internen Arbeitsmarkt“, d.h. auf die Formen von Kooperation und Hierarchie innerhalb der Unternehmen.⁵

3 Vgl. Aoki 1987. Andrew Friedman (1987) stellte „verantwortliche Autonomie“ und „direkte Kontrolle“ als permanente widersprüchliche Tendenzen der kapitalistischen Arbeitsorganisation einander gegenüber. Aoki (z.B. 1988) bringt den Gegensatz von „horizontalen“ und „vertikalen“ Strukturen mit weitergehenden Betrachtungen der industriellen Beziehungen in Verbindung. Bezeichnenderweise weist er zunächst die Überlegenheit der direkten Kontrolle etwa in der Fließproduktion nach (z.B. in der Automobilindustrie). Dann aber gesteht er zu, daß das Prinzip der „verantwortlichen Autonomie“ in den meisten anderen Arbeitsprozessen das sinnvollere ist. Hier wird die relative Unabhängigkeit der industriellen Beziehungen nicht nur gegenüber der Technologie, sondern auch anderen Aspekten des innerbetrieblichen Managements und der industriellen Organisation gegenüber sichtbar. Diese Unabhängigkeit ist freilich nur *relativ*. Ich wette, daß die neuen Technologien die Überlegenheit der „verantwortlichen Autonomie“ herausstellen werden (ohne sie allerdings zu bedingen, wie Piore und Sabel (1984) meinen). „Verantwortliche Autonomie“ scheint ausgezeichnet zu hoch entwickelten Formen der industriellen Organisation (just-in-time-Fertigung, Netzwerk-Kooperation etc.) zu passen. Das geht freilich über mein Thema hinaus.

4 Vgl. hierzu die gesammelten amerikanischen Wirtschaftspresse-Zitate bei Messine (1987) und Lorino (1989). Vgl. ferner Riboud (1987).

5 Vgl. Doeringer/Piore (1971). Der Begriff Markt ist hier möglicherweise verwirrend:

Abbildung 1: Postfordistische Entwicklung in den avancierten kapitalistischen Ländern



Auf der „externen“ Achse lassen sich mehrere Dimensionen von Rigidität und Flexibilität unterscheiden. Sie beziehen sich auf die Art der Entlohnung, auf das Verfahren bei Einstellungen und Kündigungen und auf die Verteilung der indirekten Löhne. Die Regelungen, die für den externen Markt gelten, können mehr oder weniger streng gehalten sein, und sie können auf ganz verschiedenen Ebenen ausgehandelt und festgelegt werden: auf der individuellen Ebene, nach Berufszweigen, unternehmens- oder branchenspezifisch oder auf gesamtgesellschaftlicher Ebene. Diese Einzelheiten sollen hier nicht weiter berücksichtigt werden.

Auf der „internen Achse“ lassen sich ebenfalls verschiedene Dimensionen unterscheiden. „Mitwirkung“ kann sich auf Weiterbildungsmaßnahmen beziehen, auf Formen der Kooperation, auf die Mitsprache bei der Festlegung und Überprüfung der Arbeitsaufgaben etc.⁶ Aus mehreren Gründen ist hier die Ebene, auf der über die Mitwirkung der Arbeiter verhandelt wird, besonders wichtig:

- Die Mitwirkung kann individuell ausgehandelt und durch einen Bonus, durch bessere Aufstiegschancen oder ähnliches vergütet werden (I in Abb. 1). Weil die meisten Produktionsprozesse aber eine kollektive Mitwirkung der Arbeiter

Weder der externe Arbeitsmarkt noch der „Binnenmarkt“ sind im eigentlichen Sinne ein Markt. – Das Begriffspaar „intern/extern“ (oder auch „Hierarchie/Markt“, nach Williamson 1985) hat eine lange, von Marx (1867, 14. Kapitel) begründete Tradition. Wie Lipietz (1979) in der marxistischen Tradition und Favereau (1989) in der Tradition der 'konventionellen Ökonomie' zeigen, gibt es starke Tendenzen, den 'organisierten Charakter' innerbetrieblicher Beziehungen auf die äußeren Marktbeziehungen zu projizieren und umgekehrt.

- 6 Hier zeigt sich, daß „Mitwirkung“, wenn sie sich auch auf die Lohnbeziehungen bezieht, „externe“ Aspekte der Arbeitsbeziehungen wie Allgemeinbildung, Teilnahme an Planungskommissionen und anderes mit einschließen kann.

erfordern, sind dieser individualisierenden Aushandlungsform enge Grenzen gesetzt. Die Verhandlungen müssen also auf die verschiedenen Teams oder die ganze Belegschaft eines Unternehmens erweitert werden. Diese Praxis ist nicht weit von der Praxis der „Anreize“ entfernt und mit flexiblen Arbeitsverträgen durchaus kompatibel.

- Die Mitwirkung kann von Unternehmen zu Unternehmen jeweils zwischen Betriebsleitung und Gewerkschaften ausgehandelt werden (U in Abb. 1). In diesem Fall ziehen beide, Unternehmensleitung und Belegschaft, aus den im Betrieb vorhandenen spezifischen Fähigkeiten ihren Nutzen. Das Modell impliziert eine „externe Rigidität“ bei den Lohnverhandlungen, in die die Randgruppen der Arbeiterschaft jedoch nicht einbezogen sind.
- Die Mitwirkung wird branchenspezifisch ausgehandelt (B in Abb. 1). Das hat den Vorteil, daß man das „soziale dumping“ begrenzen und z.B. Fortbildungseinrichtungen gemeinsam nutzen kann. Der „externe Arbeitsmarkt“ ist in diesem Fall durch einen noch höheren Grad an Organisation gekennzeichnet.⁷
- Die Mitwirkung wird auf gesellschaftlicher Ebene ausgehandelt (G in Abb. 1). Gewerkschaften und Unternehmensleitungen verhandeln regional und national⁸ über die soziale Orientierung und Aufteilung der Produktion. In diesem Fall ist der „externe Arbeitsmarkt“ mindestens so gut durchorganisiert wie im fortgeschrittensten fordistischen Korporations-Modell.

Für das Verhältnis zwischen Flexibilisierung und Mitwirkung ergeben sich aus diesen Überlegungen zwei Paradigmen: Erstens: externe Flexibilität in Verbindung mit hierarchisch strukturierter direkter Kontrolle. Damit wäre man wieder bei einer Form der tayloristischen Arbeitsorganisation angekommen, allerdings ohne die sozialen Pendanten aus dem „Goldenen Zeitalter“ des Fordismus. Dieses Paradigma nenne ich Neotaylorismus. Zweitens: externe Rigidität in der Organisation des Arbeitsmarktes in Verbindung mit ausgehandelter Mitwirkung der Betroffenen. Dieses Paradigma bezeichne ich als „kalmarisch“, zu Ehren des Automobilherstellers im sozialdemokratischen Schweden, der als erster die Produktion nach dem Prinzip der „Mitwirkung“ organisierte.

Schaut man sich die neuesten Erfahrungen aus den OECD-Ländern an, dann scheint es so zu sein, daß die USA und England Flexibilität favorisieren und Mitwirkung ablehnen, in Frankreich individuell gratifizierte Formen der Mitwirkung eingeführt werden, Japan und die Bundesrepublik die Mitwirkung auf der

7 An dieser Stelle wird die Komplexität der Achse „Flexibilität/Rigidität“ deutlich. Das beste Beispiel dafür ist die italienische „Casa Integrazione“, ein kollektiver Abgabefonds, der es erlaubt, Entlassungen flexibel zu handhaben. Ein weiteres Beispiel ist die amerikanische Praxis, nach der entlassene Arbeiter weiter zum Umfeld der größeren Firmen gehören und bei Bedarf bevorzugt wieder eingestellt werden.

8 Wenn nicht sogar auf internationaler Ebene. Die Frage nach der angemessenen geographischen Reichweite von Paradigmen gehört zu den schwierigsten Problemen und ist bislang kaum erforscht worden. Vgl. jedoch Lipietz 1985b; Leborgne/Lipietz 1989. Ich werde später auf diesen Punkt zurückkommen.

Ebene der großen Unternehmen bzw. auf der Ebene der Branchen praktizieren und Schweden näher an der „kalmarischen“ Achse liegt.

Die Erfahrungen in den USA haben gezeigt, daß es in einem breiten flexibel-liberalen Umfeld schwierig ist, Mitwirkungsprozesse auf der Produktionsebene einer Abteilung oder einer Fabrik auszuhandeln. Individuell ausgehandelte Formen der Mitwirkung dagegen können sich hier durchaus entwickeln.⁹ Auf der anderen Seite bietet die Bundesrepublik das Beispiel für eine weniger sozial bestimmte Form des „kalmarischen“ Paradigmas. Japan scheint mit einer starken Dualität (rigide/flexibel) des externen Arbeitsmarktes eine Mittelstellung einzunehmen. Darauf komme ich später zurück. Zuvor will ich jedoch einen Blick auf die Länder werfen, die nicht in der OECD organisiert sind.

III. Der Süden und Osten: Auf dem Weg zum Post-Fordismus?

Während der Osten eine vollständig originäre Form von Arbeitsbeziehungen entwickelte (nach eigener fragwürdiger Einschätzung „sozialistisch“), haben die südlichen Länder weder das westliche noch das östliche Modell der Arbeitsbeziehungen erfolgreich übernehmen können. In den 50er und 60er Jahren war allerdings die Vorstellung weit verbreitet, daß der schnellste Weg zum Aufbau einer funktionsfähigen Industrie der östliche Weg sei. Dafür gab es zwei Gründe: Zum einen schien es, als ob der Osten über ein Modell beschleunigten Wachstums verfüge, dessen Effizienz dadurch unter Beweis gestellt wurde, daß es zu jener Zeit höhere Wachstumsraten vorzuweisen hatte als der Fordismus. Die Sowjetunion unter Stalin konnte als ein ehemaliges unterentwickeltes Land angesehen werden, dessen aktueller Erfolg sich auf die Überlegenheit seines Industrialisierungsmodells zurückführen ließ.

Zum zweiten und korrespondierend dazu schien der Westen die Industrialisierung des Südens eher zu blockieren. Nicht nur die ehemalige Kolonialherrschaft gründete sich ausdrücklich auf „internationale Arbeitsteilung“, die dem Süden lediglich die Primärproduktion zugestand; die automatische Dynamik des freien Handels erzeugte dieselbe Teilung innerhalb der „neokolonialen Beziehungen“, die sich nach der Unabhängigkeit entwickelten.

9 In einem früheren Systematisierungsversuch haben Leborgne und Lipietz (1987), den Vorstellungen von Messine (1987) folgend, die Mischung aus Flexibilität und individuell ausgehandelter Mitwirkung als das „kalifornische Modell“ bezeichnet. Auf dieses Modell scheint man im neotayloristischen Kontext immer dann zurückzugreifen, wenn die eigenständige Mitwirkung der Lohnabhängigen gefragt ist, wie z.B. bei Facharbeitern oder höheren Büroangestellten. Für die Mischung aus rigiden Arbeitsverträgen und kollektiver Mitwirkung schlägt Messine (1987) die Bezeichnung „Saturn“ vor. Doch das Scheitern des Saturnprojekts von General Motors hat gezeigt, wie schwierig es ist, diese Kombination in einem einzelnen Unternehmen durchzusetzen. Auf einen Vorschlag von Rianne Mahon sind wir daher zu dem Label „kalmarisch“ übergegangen. „Toyotismus“ wäre ein gutes Label für die Mitwirkung, die auf Unternehmensebene ausgehandelt wird.

1. Aufstieg und Fall des Eisernen Zeitalters

Die Sowjetunion unter Stalin übernahm ein spezifisches Entwicklungsmodell, das man im Vergleich zum fordistischen „Goldenen“ als „Eisernes Modell“ bezeichnen kann (Lipietz 1979). Was die Arbeitsbeziehungen angeht, so orientierte sich dieses Modell am Taylorismus, den schon Lenin explizit für das revolutionäre Rußland übernommen hatte. Das Akkumulationsregime, das zum „Eisernen Modell“ gehört, basierte auf der extensiven Entwicklung der Produktivkräfte und auf der Politik der Importsubstitution, ohne daß damit ein bedeutender Anstieg des Massenkonsums einherging. Die Regulationsform schließlich war durch die zentrale Planung charakterisiert. Das war der „sozialistische“ Anteil an der Sache. Dahinter stand der Gedanke, daß für die Mängel des Kapitalismus der Markt verantwortlich zu machen sei und daß sich mit mehr Organisation und Hierarchie die Rationalität des Taylorismus auf die ganze Gesellschaft ausdehnen lasse.

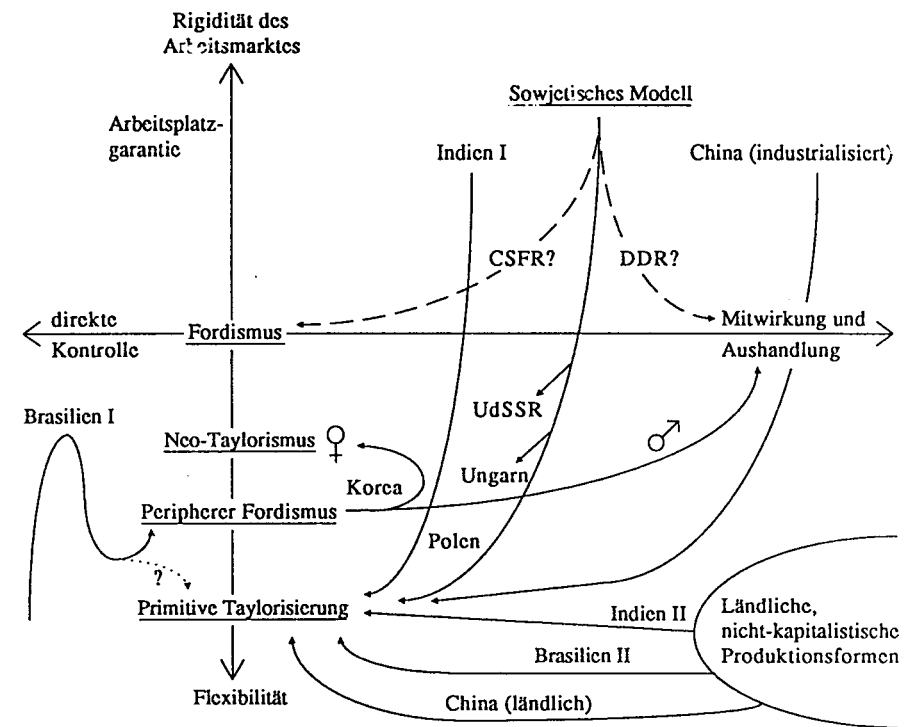
In einer Situation mit einer riesigen Reservearmee in der Bauernschaft war das sicher ein „effizientes Modell“. Nicht ganz zu Unrecht traute man dem Taylorismus zu, die ungelerten Arbeitskräfte in den Produktionsprozeß zu integrieren.¹⁰ Extensive Akkumulation erfordert keine große Flexibilität, und wenn und insofern industrielle und mechanisierte Produktionsformen die vorindustrielle Produktionsweise ersetzen, führt sie zu einer spürbaren Steigerung der durchschnittlichen Produktivität.¹¹ Die anfängliche Härte der Arbeitsbeziehungen wurde im Laufe der Zeit durch einen nach den Standards der 50er Jahre akzeptablen Kompromiß gemildert: Im Austausch für ihre tayloristische Unterwerfung billigte man den Arbeitern eine quasi-Garantie ihres Arbeitsplatzes zu.

Probleme entstehen in diesem Modell dann, wenn die Reservearmee erschöpft ist oder gar nicht existiert, wie in der ČSFR oder in der DDR. Vor allem aber hat es sich als unmöglich herausgestellt, Beziehungen *zwischen* den Unternehmen nach dem Muster der Beziehungen *innerhalb* eines Unternehmens zu organisieren. Der Versuch endete in Engpässen und Verschwendung (vgl. Köllö 1990). Die Anarchie der gesellschaftlichen Planung schlug sich wiederum in der Organisation der Betriebe nieder. Durch den Verfall der revolutionären Ideale, durch die Anarchie der industriellen Organisation und durch das Fehlen jeglicher Anreize, ob negativer (Arbeitsplatzverlust) oder positiver Art (Zugang zu mehr Konsum) wurde die Motivation der Arbeiter stark beeinträchtigt. Der Kompromiß: niedriger Lohn, aber Arbeitsplatzgarantie, erscheint in diesem Licht als vollständige Stagnation.

¹⁰ Dieser Gedanke entspricht freilich nicht ganz der Wahrheit. Der Taylorismus setzt sowohl ein angehäuftes industrielles und soziales Wissen im Management voraus wie eine Kultur der Disziplin bei den Arbeitern. Die Einführung des Taylorismus in der Sowjetunion war daher genauso trügerisch wie in den Entwicklungsländern. Jeder Industrialisierungsprozeß ist an die Akkumulation industriellen und sozialen Wissens gebunden. Freilich kann der Taylorismus selber als eine beschleunigte und systematisierte Form dieses Prozesses begriffen werden.

¹¹ Intensive Akkumulation nach fordistischem Muster dagegen beruht auf dem gleichmäßigen Produktivitätsanstieg bereits existierender Industrieproduktion.

Abbildung 2: Probleme und Möglichkeiten des Fordismus



Es ist unvermeidlich, daß mehr Flexibilität die Koordination und Regulation der industriellen Beziehungen bestimmt (zum folgenden vgl. Abb. 2). Der Wunsch der Reformer im Osten nach größerer Autonomie der Betriebsführung weist genau in diese Richtung. Der erste Schritt besteht darin, Größe und Zusammensetzung der Belegschaft jeweils an den Erfordernissen der Produktion und der Nachfrage auszurichten. Wer freilich die „liberale Flexibilität“ der Arbeitsbeziehungen zum Allheilmittel macht, übersieht die andere Seite des Problems: die innere Organisation der Arbeitsprozesse.

Das Hauptbestreben der neuen „autonomen“ Betriebsmanager wird sicher darin bestehen, den tayloristischen Prinzipien der Arbeitsorganisation zur Durchsetzung zu verhelfen, vor allem in den weniger entwickelten Ländern, also in Polen, Ungarn, Rumänien und großen Teilen der Sowjetunion. Sie werden dabei allerdings auf den ernsthaften Widerstand von Seiten der Facharbeiter treffen, besonders in den Gebieten, in denen das westdeutsche und skandinavische Beispiel des „kalmarischen“ Paradigmas größere Attraktion besitzt, also in der DDR, der ČSFR und den baltischen Ländern.

Zusammengefaßt: Um die durch Angebotsprobleme verursachte Krise ihres industriellen Paradigmas zu lösen, werden die Länder des Ostens mit der Beseitigung des wohl augenscheinlichsten Mangels ihrer Volkswirtschaften reagieren – mit der Beseitigung der Rigidität. Was die Arbeitsbeziehungen betrifft, so ist damit natürlich das Ende des Prinzips der Arbeitsplatzgarantie verbunden. Da die tayloristischen Prinzipien noch nicht vollständig ausgereizt sind und da sie nie ganz zur Anwendung gekommen sind, wird sich vermutlich eine Mischung aus Taylorismus und liberaler Flexibilität herausbilden, also ein neotayloristisches Paradigma, das aus der Sicht dieser Länder die Grundlage für den wirtschaftlichen Erfolg des Westens darstellt. Möglich ist allerdings auch, daß sie zwischen Arbeitsplatzgarantie und totaler Flexibilität einen klügeren Mittelweg einschlagen und sich an den alten fordistischen Prinzipien, deren Möglichkeiten im Ostblock noch längst nicht erschöpft sind, oder am „kamarischen“ Mitwirkungs-Modell orientieren.

2. Zwei Agrarriesen mit industriellen Inseln

China und Indien sind die südlichen Länder, die das sowjetische Entwicklungsmodell am deutlichsten übernommen haben. Der große Unterschied zu den osteuropäischen Staaten liegt darin, daß es in China und Indien eine riesige Landbevölkerung gibt, die etwa ein Drittel der Weltbevölkerung ausmacht. Der große Unterschied zwischen China und Indien wiederum besteht in der dramatischen Agrarrevolution, die sich in China abgespielt hat.

Die Agrarreform und die strikte Organisierung der Landwirtschaft haben in China dazu geführt, daß es bis vor kurzem keine Massenabwanderung in die Städte gegeben hat. Die Situation ist durch eine künstliche Knappheit an Industriearbeitern charakterisiert, aber ansonsten in gewissem Sinne einer typisch sowjetischen Strategie der Importsubstitution und der extensiven Akkumulation verpflichtet. Durch den Maoismus wurde diese Strategie bis zur quasi-Autarkie ausgebaut. Der „Große Sprung nach vorn“ und die „Große proletarische Kulturrevolution“ lassen sich darüber hinaus aber auch als erste Versuche einer Kritik an den Prinzipien der tayloristischen Arbeitsorganisation interpretieren: als eine Kritik am hierarchischen, direkten Kontrollsystem. Auf der gleichen Linie liegen die Versuche, die Planung zu dezentralisieren und in die Hände der Volkskommunen zu legen. China erprobte auf diese Weise eine Art „mikroökonomische Revolution“ in der Revolution (vgl. Ruskin 1990).

Der Erfolg dieser Revolution ist zweifelhaft, ihr Scheitern jedoch weniger augenfällig, als der Sieg der Konterrevolution von 1975, Deng Xiaoping, vorgibt. Nach einem ersten Versuch, zu den strengen stalinistischen Prinzipien zurückzukehren, war das Deng-Regime das erste im sozialistischen Lager, gemeinsam mit Ungarn, das organisatorische Mängel eingestand und flexiblere Formen der Organisation wieder einführte, nicht nur in den Fabriken, sondern auch auf dem

Land. Die Bestrebungen Maos, die Arbeiter am Management der Betriebe und an der kommunalen Verwaltung zu beteiligen, wurden weitgehend zurückgedrängt. Die privaten bzw. staatlichen Unternehmer konnten nun auf eine Arbeiterschaft zurückgreifen, die extrem schlecht bezahlt wurde und ständig von Entlassungen bedroht war. Nimmt man hinzu, daß diese Entwicklungen durch ein autoritäres Regime getragen werden, dann hat man die Merkmale des Modells beisammen, das ich im folgenden als „primitiven Taylorismus“ bezeichnen werde – ein Modell, mit dem in den 70er Jahren in den „Newly Industrializing Countries“ Südostasiens oft experimentiert wurde.

China, vor allem in seinen Küstenregionen, näherte sich Mitte der 80er Jahre diesem Modell an. Die gescheiterte Revolte auf dem Tien-An-Men-Platz 1989 unterbrach jedoch diese Entwicklung; sie offenbarte die Stärke der alten Strukturen und belegte den notwendig repressiven Charakter des „primitiven Taylorismus“. Die allgemeine Tendenz der Entwicklung wird sich in nächster Zukunft fortsetzen, aber die Beteiligung der Arbeiterklasse an den kommenden politischen Bewegungen könnte für manche Überraschung sorgen.

In Indien hat es praktisch keine Landreform gegeben. Das Land hat niemals einen staatlich verordneten Sozialismus erlebt und auch keine Erfahrung mit zentraler Planung gemacht. Trotzdem finden sich in der Entwicklung der Industrie seit der Unabhängigkeit zahlreiche Merkmale des sowjetischen Modells. Die vom Staat geförderte Politik der Importsubstitution begünstigte die Entstehung einer bedeutenden, nach innen orientierten industriellen und tertiären Struktur, deren Beschäftigte vor Entlassung weitgehend geschützt waren (Sektor I bei Mohan-Rao 1990).

Der große Unterschied zu China liegt darin, daß die primitive Taylorisierung ständig auf ein großes Potential an Arbeitskräften zurückgreifen kann, – auf Arbeitskräfte, die aus vorkapitalistischen Bindungen entlassen oder nur durch eine Art Heimarbeitsystem in die kapitalistischen Beziehungen integriert sind. Diese Gruppen bilden gleichsam ein zweites Archipel industrieller Lohnbeziehungen im Meer des eher ländlich orientierten Indien (Sektor II bei Mohan Rao 1990). Dem Management ist es aus kulturellen und historischen Gründen nie gelungen, den Produktionsprozeß wirklich unter Kontrolle zu bringen.¹²

Im Laufe der ökonomischen Liberalisierung in den 90er Jahren werden die Arbeitsbeziehungen in Indien vermutlich stärker die Form des klassischen primitiven Taylorismus annehmen. Mit der Öffnung zum internationalen Wettbewerb wird der zweite Sektor ausgefeilteren Formen direkter Kontrolle ausgesetzt sein,

12 Der klassische Übergang von präkapitalistischen Produktionsformen zu Kapital-Arbeits-Beziehungen durchläuft die Phasen: Heimarbeit, einfache Integration in ein einziges Unternehmen, Arbeitsteilung innerhalb der Fabrik, Taylorismus. In marxistischer Terminologie: Die formelle Unterwerfung der Arbeit unter das Kapital geht der realen voraus. – Marglin (1990) behauptet, der Widerstand der indischen Arbeiter gegen den Taylorismus sei Ausdruck eines kulturellen Widerstands gegen die westliche Teilung zwischen intellektuellen und praktischen Aspekten der Arbeit (technische versus epistemische).

ohne daß es zu einer wesentlichen Verbesserung der Reallöhne und der Sozialgesetzgebung kommen wird. Die Praxis der Arbeitsplatzgarantie im ersten Sektor wird sich kaum noch länger halten, aber es besteht die Möglichkeit, daß die privilegierte Fraktion der Arbeiterschaft es schafft, das Ausmaß der liberalen Flexibilität zu begrenzen und die für den Fordismus typischen sozialen Pendanten zur Rationalisierung der Arbeitsprozesse durchzusetzen (s. Abb. 2).

3. Die Newly Industrializing Countries (NIC): Wohin werden sie sich entwickeln?

Zwei Länder aus den Reihen der NIC, Brasilien und Südkorea, haben sich mittlerweile zu wichtigen Industrieländern entwickelt. Unter den Überschriften „primitive Taylorisierung“ und „peripherer Fordismus“ habe ich einige Aspekte ihres Akkumulationsregimes bereits an anderer Stelle untersucht (Lipietz 1985) und beschränke mich hier auf wenige Bemerkungen.

Im primitiven (oder „blutigen“) Taylorismus sind begrenzte Bereiche des industriellen Sektors einem sehr hohen Grad der Ausbeutung (bei Löhnen, Arbeitsdauer und -intensität etc.) unterworfen. Die Produkte dieser Industrien werden hauptsächlich in Länder mit fortgeschrittener Ökonomie reexportiert. In den 60er Jahren waren die auf Weiterverarbeitung spezialisierten Länder Asiens das beste Beispiel dieser heute weit verbreiteten Strategie. Zwei charakteristische Eigenschaften dieses Modells seien hier erwähnt. Erstens ist der Arbeitsprozeß weitgehend taylorisiert, aber relativ wenig mechanisiert. Die technische Zusammensetzung des Kapitals in diesen Unternehmen ist also sehr niedrig. Dadurch werden die Kosten für den Import von Kapitalgütern vermieden. Da andererseits die Arbeiterschaft weitgehend aus Frauen besteht, können diese Betriebe von der Praxis der häuslichen patriarchalischen Unterwerfung profitieren. Zweitens ist dieser Taylorismus „blutig“ in dem Sinne, in dem Marx von „blutiger Gesetzgebung“ bei der Entstehung des Kapitalismus spricht. Zur traditionellen Unterdrückung der Frau gesellt sich das ganze Arsenal der modernen Unterdrückung der Arbeiter (gelenkte Gewerkschaften, das Fehlen sozialer Rechte, Gefängnis und Folter gegen Oppositionelle).

Der periphere Fordismus basiert – wie der Fordismus generell – auf der Koppelung von intensiver Akkumulation mit wachsenden Märkten. Er bleibt peripher insofern, als die qualifizierten Positionen, vor allem bei den Ingenieuren, weitgehend außerhalb dieser Länder angesiedelt sind. Die Produkte sind auf lokalen Mittelklasse- und zunehmenden Gebrauchsgüterkonsum der Arbeiter sowie auf billige Exporte in die kapitalistischen Zentren ausgerichtet.

Brasilien war am Anfang seiner Industrialisierung so etwas wie ein schnelleres und erfolgreicherer Indien. Die Landreform fiel genauso bescheiden aus wie in Indien. Bereits in der Vargas-Ära, während des zweiten Weltkriegs, wurden eine staatlich gelenkte Substitutionsstrategie und eine Art korporativer Sozialgesetz-

gebung eingeführt, was nicht allzu weit von fordistischen Prinzipien entfernt ist. In zwei wichtigen Punkten gab es jedoch Unterschiede. Zum einen schützte der Staat zwar den Binnenmarkt vor Importen, aber er zögerte nicht, unter Jocelino Kubitschek, westlichem Kapital und westlicher Technologie Tür und Tor zu öffnen. Zum andern schaffte der Militärputsch von 1964 de facto die sozialen Errungenschaften der Vargaschen Gesetzgebung wieder ab (aus schierer Angst vor den Gewerkschaften, die unter der Präsidentschaft Goularts relativ mächtig geworden waren). So konnte das Management, durch nichts außer durch die technologische Abhängigkeit eingeschränkt, seine Interessen ungehindert durchsetzen, und die blutige Unterdrückung der Gewerkschaften tat das ihre, um das Kapital mit einem „flexiblen“ Arbeitskräftepotential zu versorgen. Auf diese Weise entstand Ende der 60er Jahre und Anfang der 70er Jahre in Brasilien eine äußerst wettbewerbsfähige Industrie.

Brasilien folgte jedoch der Strategie des primitiven Taylorismus nicht ohne Einschränkung. Ein Bruchteil der Bevölkerung, die neue Mittelklasse, entwickelte einen gleichsam fordistischen „way of life“, und auch ein Teil der Arbeiterklasse, die gegen Ende der 70er Jahre einige der Vergünstigungen aus der Vargas-Ära zurückeroberte, konnte in der zweiten Hälfte der 70er Jahre vom Produktionswachstum profitieren. Eine Anzahl von Beschäftigten des formellen Sektors erlebte gleichfalls eine Verbesserung ihrer Lage (Amadeo/Camargo 1990). Andererseits blieb ein großer Teil der Arbeiter von den Errungenschaften des brasilianischen Wunders ausgeschlossen: marginalisierte ehemalige Bauern, viele Arbeiter im informellen Sektor und niedrig bezahlte Arbeiter in kleineren Betrieben des formellen Sektors.

Die 80er Jahre brachten die Schuldenkrise und die Demokratie. Die daraus resultierenden Konsequenzen sind ziemlich komplex. Einerseits stärkte die Demokratisierung die Verhandlungsposition der Arbeiter und ihre gesetzlich garantierten Rechte. Andererseits machte die Hyperinflation es ihnen unmöglich, tatsächlich einen wirksamen Einfluß auf die Entwicklung der Reallöhne auszuüben. Fortdauernde Unruhen in der marginalisierten Reservearmee, im informellen Sektor und auf den unterschiedlichen Ebenen des formellen Sektors machten die Entwicklung stabiler Arbeitsbeziehungen unmöglich. In dieser chaotischen Situation bleiben Brasilien für die Zukunft drei Möglichkeiten: der Rückfall in den primitiven Taylorismus, die Konsolidierung des peripheren Fordismus oder die Entwicklung zu einem Fordismus mit lokal begrenzten „kalmarischen“ Zügen.

Im Vergleich zu Brasilien trat die Revolution von 1985–1987 in Südkorea ein viel besseres Erbe an. Die Wurzel dieser Entwicklung liegt in der Landreform der 50er Jahre und der anhaltenden Unterstützung für die Bauern. Dadurch geriet der primitive Taylorismus in Korea nicht unter den Druck einer marginalisierten Reservearmee. Für alle Arbeiter gilt zwar der Grundsatz der Flexibilität bei den Lohnabschlüssen, aber alle haben ein formelles Arbeitsverhältnis. Darüber hinaus gelang es dem Staat, die Exportkapazitäten sorgfältig zu planen und die Auslandsschulden abzubauen. Die Situation der Frauen läßt sich nur als „Superaus-

beutung“ beschreiben, vor allem in den exportorientierten Industrien. Aber die Einkünfte der Familien stiegen während der 70er Jahre kontinuierlich an und erhöhten sich noch einmal schubartig in den 80er Jahren. Korea entwickelte sich also vom primitiven Taylorismus zum peripheren Fordismus (You 1990). Die Demokratisierung wird diese Tendenzen verstärken, zumal das Land frei von Auslandsschulden ist. Korea könnte sich auf einen immer weniger peripheren, dualistischen Post-Fordismus hin entwickeln, in dem sich die Arbeitsbeziehungen geschlechtsspezifisch voneinander unterscheiden: firmeninterne Mitwirkung für die Männer und Neo-Taylorismus bei den Frauen.

IV. Konsistenzprobleme im Post-Fordismus

Die Kapital-Arbeits-Beziehungen unterliegen nicht allein den Zwängen, die sich aus den direkten Lohnverhältnissen ergeben. Weitere einschränkende Faktoren kommen hinzu. Die Makroökonomien weisen auf Nachfragezwänge und internationale Zwänge hin. Die Politikwissenschaftler betonen die Legitimationsprobleme der sozialen Ordnung. Und in jüngster Zeit gewinnen die ökologischen Zwänge immer größere Bedeutung. Ich beginne meine Überlegungen zu den Konsistenzproblemen mit dem zuletzt genannten Punkt.

1. Gefahren der Produktivität

Der Kapitalismus hat nicht nur die Arbeit degradiert, – eine Entwicklung, die ihren Höhepunkt im Taylorismus findet (Braverman 1974); wir erkennen heute auch, wie sehr er die Natur ausgebeutet hat (das gilt auch für den Staatskapitalismus des Ostblocks). Ja, Kompromisse zwischen Arbeit und Kapital sind bislang auf Kosten der Natur und damit auf Kosten der nachfolgenden Generationen geschlossen worden. Ozonloch und Treibhauseffekt sind Folgen des ungeheuren Wirtschaftsaufschwungs im „Goldenen Zeitalter“. Die Entwicklung in den 80er Jahren hat die Anzahl der durch die Industrie verursachten Umweltkatastrophen noch erhöht und die globale ökologische Krise verschlimmert. Heute sind die Grenzen des Wachstums auf lokaler wie auf globaler Ebene erkannt. Daß die zukünftigen Entwicklungsmodelle verträglich, d.h. ökologisch konsistent sein müssen, wird kaum noch bezweifelt.¹³

Doch die durch die Ökologie gesetzten Grenzen werden durchaus nicht überall und in gleichem Maße als Grenzen zukünftiger Entwicklungsmodelle akzeptiert. Zwar geht man immer häufiger gegen ökologisch nicht vertretbare Praktiken vor, wenn sie in einem bestimmten Territorium konzentriert auftreten, wie in Los Angeles, den Niederlanden und sogar in einem Newly Industrializing Country

13 Verträglich („sustainable“) ist der im Bericht der Umweltkommission der Vereinten Nationen verwendete Terminus für „langfristig ökologisch konsistent“.

wie Taiwan. Aber die globalen Konsequenzen, die mit dem fordistischen Modell des menschlichen Konsums generell verbunden sind, lassen sich leicht auch über einen längeren Zeitraum hinweg verleugnen. Die ökologischen Grenzen sind daher beides: sowohl absolut wie auch fließend. Noch bis in das erste Drittel des 21. Jahrhunderts hinein werden sich die Menschen immer wieder auch für ökologisch unverträgliche Modelle entscheiden. Die lokale oder regionale Konzentration von Umweltschäden wird zwar weitere Protestbewegungen entstehen lassen, aber in vielen Fällen werden die „verantwortungsbewußteren“ Regionen den Opfern vor Ort Vorhaltungen machen und sie wegen ihrer ökologischen Blindheit kritisieren.¹⁴

Wenn es richtig ist, daß die ökologischen Bewegungen in der ganzen Welt stärker werden (was im Westen und Osten bereits der Fall ist, weniger dagegen im Süden), wird die Umweltverträglichkeit in zukünftigen Sozialkompromissen zwischen Arbeit und Kapital eine entscheidende Rolle spielen. Daraus könnte folgen, daß die Arbeiter in Zukunft in Form von mehr Freizeit und nicht, wie im Fordismus, durch einen Anstieg der Löhne an den Produktionsgewinnen beteiligt werden. Diese Lösung wird vor allem für die fortgeschrittenen Formen des „kalkulierten“ Kompromisses bestimmend sein.¹⁵ Eine andere Lösung der ökologischen Probleme besteht darin, umweltverträgliche Industrien aufzubauen. Diese Lösung, die von den konsumorientierten und dem Neo-Taylorismus verhafteten oberen Klassen favorisiert werden wird, führt aber zur Verteuerung der Konsumgüter und benachteiligt dadurch die schwächeren sozialen Schichten. In den östlichen und südlichen Staaten der Welt ist die Gefahr groß, daß das Gebot der ökologischen Verträglichkeit auch weiterhin ignoriert wird, besonders dann, wenn sie eine große Schuldenlast abzahlen haben.

2. Das Problem der sozialen Kohäsion

Es ist offensichtlich, daß die Entwicklungsmodelle, die auf „kalkulierten“ Arbeitsbeziehungen basieren, nicht nur einen gut organisierten und fähigen öffentlichen Dienst zur Voraussetzung haben, sondern auch die weite Verbreitung von Allgemeinwissen, Bildung und einen hohen kulturellen Standard der Bevölkerung (vgl. Lipietz 1989b; Mahon 1989; Mathews 1989). Im Gegensatz dazu implizieren die neotayloristischen Arbeitsbeziehungen die Polarisierung bei der Verteilung der Fähigkeiten und Mittel und beim Zugang zu Reichtum und Bildung. Die auf

14 Westliche Zeitungsredakteure üben in letzter Zeit Kritik an Brasilien wegen der Verbrennung der amazonischen Wälder. Allein der jährliche Anteil Frankreichs (40 % der brasilianischen Bevölkerung) am globalen Treibhauseffekt beträgt aber 120 % des gesamten brasilianischen Anteils.

15 Starke Gewerkschaften, die in ihrer Politik auch die Interessen von „Außenseitern“ berücksichtigen, müssen die Reduzierung der Arbeitszeit zu einem ihrer Ziele erklären. Auf diese Weise bekämpfen sie die Arbeitslosigkeit und verbessern zugleich die Lebensqualität. Vgl. hierzu die Strategie der IG-Metall.

diesen Arbeitsbeziehungen basierenden Entwicklungsmodelle sind daher konfliktreicher als die „kalmarischen“.

Das neotayloristische Paradigma wird sich eher dort entwickeln, wo individualistische Ideologien bestimmend sind und der lohnabhängige Bevölkerungsteil gespalten ist. Diese Schlußfolgerung gilt auch dann, wenn die Kompromisse zwischen Arbeit und Kapital jeweils in den einzelnen Unternehmen ausgehandelt werden. Aoki (1988) hat diese Konstellation als „Paradox der Arbeiterdemokratie“ bezeichnet. In diesem Fall beziehen sich die ausgehandelten Vergünstigungen (höhere Löhne, Reduzierung der Arbeitszeit oder der Lebensarbeitszeit) auf die einzelnen Unternehmen und sind abhängig davon, daß das Unternehmen im Vergleich zu den Konkurrenten einen Produktivitätsvorsprung aufzuweisen hat. Unter solchen Bedingungen werden Belegschaft und Management zu Verbündeten gegen Neueinsteiger und Konkurrenten. Das führt zur Konsolidierung einer Arbeiteraristokratie (oder „Yeomen democracy“, vgl. Priore/Sabel 1984). Die Hierarchie kann dabei leicht die Form einer ausgeprägten dualistischen Struktur annehmen, vor allem wenn Geschlechtsunterschiede, wie in Japan und Korea, oder ethnische Unterschiede, wie in der Bundesrepublik (vgl. Wallraff 1985), mit ins Spiel kommen.

Daraus folgt, daß das „kalmarische“ Prinzip dann vorherrschend werden kann, wenn es eine starke Gewerkschaftsbewegung gibt, die die Interessen der gesamten lohnabhängigen Bevölkerung berücksichtigt, die es akzeptiert, in die Dialektik von Auseinandersetzungen und Übereinkünften mit dem Management einbezogen zu werden und die in der Lage ist, Organisations- und Produktionsfragen mit zum Inhalt ihrer Politik zu machen. Außerdem ist eine starke feministische Bewegung von großer Bedeutung. Besteht dagegen eine durch aristokratische Traditionen oder durch geschlechts- und volksgruppenspezifische Ausschließungen bedingte Arbeitsteilung und besteht (wie in Frankreich, den USA und England) zwischen Management und Gewerkschaften ein traditionell stark ausgeprägter Gegensatz, dann wird sich eher der Neo-Taylorismus oder irgendeine dualistische Konfiguration entwickeln.

In den südlichen Staaten der Welt wird der Neo-Taylorismus noch eine ganze Weile vorherrschen. In den fortgeschritteneren Ländern (wie Brasilien und Korea) wird viel davon abhängen, ob es der jeweiligen Arbeiterbewegung gelingt, die Niveauunterschiede zwischen den Wirtschaftsbereichen und rassische bzw. geschlechtsspezifische Ungleichheiten zu überwinden.

In Osteuropa ist die Situation relativ kompliziert. Dort hat es immer eine offizielle Arbeiterbewegung gegeben, die sich stets für Gleichheit in Fähigkeiten und Mitteln ausgesprochen und die kollektive Mitwirkung der Arbeiter an der Leitung der Betriebe gepredigt hat. Für die lohnabhängige Bevölkerung verbindet sich mit dieser offiziellen Arbeiterbewegung jedoch nur Heuchelei und Unterdrückung. In diesen Ländern wird der ideologische und politische Kampf von zentraler Bedeutung sein. Entweder mündet die neu errungene Freiheit in individualistischen Liberalismus und Neo-Taylorismus. Das scheint in Polen und Un-

garn der Fall zu sein, und die Verschuldung dieser Länder wird die Entwicklung in die angedeutete Richtung weiter verstärken. Oder tiefer liegende Traditionen, die in der Religion oder in der Erinnerung an die vorstalinistische Arbeiterbewegung ihre Wurzeln haben, werden so stark, daß diese Entwicklung verhindert werden kann. Daraus könnte die Alternative eines solidarischeren und ökologischeren Modells entstehen, das „kalmarische“ Arbeitsbeziehungen zu seiner Grundlage hat. Chancen für diese Entwicklung bestehen in der DDR, der Tschechoslowakei und in den baltischen Ländern.

3. Makroökonomische Zwänge

Makroökonomisch gesehen unterliegt die zukünftige Entwicklung drei Zwängen. Erstens muß jedes Modell der Kapital-Arbeits-Beziehungen gewinnbringend sein, zweitens muß es konkurrenzfähig sein, drittens sollten Angebot und Nachfrage im Gleichgewicht stehen.

Aus dem ersten Aspekt folgt: Wenn ein großer Teil des Gewinns zur Schuldentilgung aufgewendet werden muß, gibt es wenig Spielraum für „Aushandlung und Mitwirkung“. Schuldenlast fördert also den Neo-Taylorismus. Aus dem zweiten Aspekt folgt, daß die Länder, die dem Neo-Taylorismus folgen und weniger produktiv sind als solche, die auf Mitwirkungsmodelle setzen, bei ihrer Suche nach einem besseren „Waffenstillstand“ zwischen Kapital und Arbeit ebenfalls gehandicapt sind. Daraus ergibt sich, daß die USA, England, Frankreich, Brasilien und Osteuropa große Schwierigkeiten haben werden, das „kalmarische“ Paradigma einzuführen. Von Skandinavien, der Bundesrepublik, Japan und Korea dagegen kann man sagen, daß sie für die Erfordernisse des 21. Jahrhunderts gut gerüstet sind. Was die Nachfrage betrifft, so bietet das „kalmarische“ Prinzip viel mehr Möglichkeiten zur Regulierung der Binnenmärkte als der Neo-Taylorismus, mit dem Perioden des Aufschwungs (bei einem Anstieg der Profite und der Einkünfte der oberen sozialen Schichten) und Perioden der Depression (verursacht durch Überinvestitionen oder durch eine Politik des „Abkühlens“) unvermeidlich verbunden sind.

Die große offene Frage besteht darin, wie die Kombination der beiden Paradigmen innerhalb desselben Wirtschaftsraumes, wie z.B. der Europäischen Gemeinschaft, aussehen wird. Vermutlich wird in den arbeitsintensiven Bereichen der Neo-Taylorismus dominieren. Ferner werden sich die einzelnen Länder und Regionen, getreu dem Theorem Ricardos von den Vorzügen der Arbeitsteilung, auf Bereiche spezialisieren, für die sie vergleichsweise jeweils am besten „ausgerüstet“ sind, entweder in Richtung Flexibilität und niedrige Löhne oder in Richtung Mitwirkung. Die Koexistenz von Regionen mit hohem Lohnniveau und hohem Grad an Mitwirkung und Regionen mit niedrigem Lohnniveau und niedrigem Grad an Mitwirkung wird zu Lohnwettbewerb und damit zur Reduktion der Gesamtnachfrage führen. Je größer die Möglichkeiten für soziales dumping in den

neotayloristischen Regionen sind, desto kleiner sind die Inseln der „Arbeiterdemokratie“.¹⁶

Schlussfolgerungen

Das nach dem zweiten Weltkrieg in den industriellen Beziehungen vorherrschende Paradigma des Fordismus hat sich heute erschöpft. Es war zu seiner Zeit so mächtig, daß es innerhalb von zwanzig Jahren die südlichen und östlichen Länder im Welthandel an den Rand gedrängt hat. Im Kern bestand das Paradigma darin, eine „rigide“ Organisation des externen Arbeitsmarktes mit kollektiven Abmachungen, wohlfahrtsstaatlichen Regelungen, sozialgesetzlicher Sicherheit und mit einer „direkten Kontrolle“ der angelernten Arbeitskräfte im Arbeitsprozeß zu kombinieren.

Herausgefordert durch das Absinken der Wachstumsrate in der Produktivität, reagierte das Management in den 70er Jahren zweigleisig: Zum einen machte man Abstriche am „rigiden“ Charakter des Fordismus, zum andern ging man von der direkten Kontrolle zur Strategie der Aushandlung und Mitwirkung über. In den 80er Jahren entstehen daraus zwei neue Paradigmen. Einerseits der Neo-Taylorismus, der sich als eine Art Rückkehr zu prä-fordistischer Flexibilität definieren läßt, charakterisiert durch niedrige Löhne, erhöhtes Entlassungsrisiko und durch die Einführung einer mehr oder weniger modernisierten Technologie. Andererseits eine kollektiv ausgehandelte Mitwirkung, die darauf beruht, daß die Beschäftigten im Austausch für ihre eigenständige Beteiligung an der Verbesserung von Qualität und Produktivität sowie an der Optimierung der neuen Technologie soziale Garantien erhalten und am Gewinn beteiligt werden. Die beiden Paradigmen können in einer Gesellschaft dann nebeneinander existieren, wenn die Mitwirkung von Unternehmen zu Unternehmen festgelegt wird. Aber größere soziale Errungenschaften werden nur dadurch erreicht, daß die Mitwirkung auf der Ebene der Gesamtgesellschaft ausgehandelt wird. In diesem Fall spreche ich von einem „kalmarischen“ Prinzip. Die USA, England und Frankreich bewegen sich in die erste Richtung, Skandinavien und die Bundesrepublik in die zweite, in Japan bildet sich ein dualistisches Modell heraus.

Gegen Ende der 80er Jahre scheint im Norden und Westen der Welt das zweite Paradigma das erste überrundet zu haben. Aber auch die Arbeitsbeziehungen sowjetischen Typs, die durch eine sehr große Rigidität auf dem externen Arbeitsmarkt charakterisiert sind, haben sich erschöpft. Die Ostblockländer schwanken zwischen den beiden westlichen Paradigmen, die stärkste Anziehungskraft scheint jedoch vom neotayloristischen Modell auszugehen. Dasselbe gilt für den Süden, mit Ausnahme des erfolgreichsten Newly Industrializing Country: Korea.

Was waren, was sind die wichtigsten Ursachen für diese nationalen Unter-

16 Hier handelt es sich um eine weitere Konsequenz von Aokis Paradox. Für das Beispiel Europäische Gemeinschaft vgl. Leborgne/Lipietz 1989.

schiede? Schulden und Wettbewerbszwänge, die Spaltung der Arbeiterbewegung, individualistische oder hierarchische Traditionen, geschlechtsspezifische oder ethnische Unterschiede begünstigen das erste Paradigma beziehungsweise eine dualistische Variante dieses Paradigmas. Wo dagegen das gesellschaftliche Interesse an ökologischen Fragen, wo die Politik der Gleichheit, der Solidarität, der Gleichberechtigung der Geschlechter und der ethnischen Gruppen stark ausgeprägt sind, wo ferner der makroökonomischen Stabilität große Bedeutung beigemessen wird und wo schließlich starke und universalistische Gewerkschaften anzutreffen sind, überall dort wird das „kalmarische“ Prinzip gute Chancen haben.

Auf internationaler Ebene sind mehrere Szenarien denkbar. Zweifellos war es der Traum des englischen Managements und der Regierungen von Reagan und Thatcher, dem Neo-Taylorismus die Hegemonie zu sichern. Bei der Einführung der neuen Technologien stellte jedoch das „kalmarische“ Paradigma seine Überlegenheit unter Beweis. Andererseits ist es unwahrscheinlich, daß das „kalmarische“ Paradigma den Neo-Taylorismus auf globaler Ebene an den Rand drängen und so dominierend werden kann wie der Fordismus in den 60er Jahren. Am ehesten ist zu erwarten, daß sich eine neue hierarchisierte Weltwirtschaft herausbildet. Die industriellen Kernländer werden in weiten Bereichen der Produktion den „kalmarischen“ Kompromiß einführen, wobei die Möglichkeit interner kalmarisch-neotayloristischer Dualismen, z.B. mit jeweils geschlechtsspezifischer Zuordnung, bestehen bleibt. Die Peripherie dagegen wird dem neotayloristischen Paradigma folgen und sich auf routinisierte und arbeitsintensive Produktionssektoren konzentrieren.

Es ist nicht ausgeschlossen, daß in dieser neuen industriellen Welthierarchie einige Länder, die bislang zum ökonomischen Zentrum gehörten, auf einen halbperipheren Status abrutschen. Das gilt für England, Frankreich und sogar für viele Bundesstaaten in den USA. Umgekehrt werden Japan und die Bundesrepublik ihren Platz im Zentrum ausbauen. Einige ehemalige industrielle Kernländer, Schweden z.B., und einige ehemalige Länder der Peripherie, etwa Korea, werden näher ans Zentrum heranrücken. Ein Teil Osteuropas kann vielleicht an diesem Prozeß teilhaben, während die übrigen Länder sich mit einem Platz in der Peripherie der Weltwirtschaft begnügen müssen.

Das Verhältnis von Kern und Peripherie ist ein offenes Problem. Je wichtiger der neotayloristische Teil der Welt, desto instabiler die Weltwirtschaft, desto weniger vorteilhaft die sozialen Kompensationen für die Mitwirkung der Arbeiter, selbst in den „kalmarischen“ Ländern, und desto größer die ökologische Bedrohung. So wünschbar die fortschreitende Ausbreitung der „kalmarischen“ Arbeitsbeziehungen ist, – sie setzt nicht nur nationale gesellschaftliche Anstrengungen voraus, sondern auch die Errichtung einer internationalen Wirtschaftsordnung, die soziales und ökologisches dumping verhindert (vgl. Lipietz 1989).

Die Menschheit hat den Traum einer nicht-kapitalistischen Entwicklung vorläufig aufgegeben. Am Vorabend des 21. Jahrhunderts bleibt ihr nur noch die Wahl zwischen verschiedenen, auf unterschiedlichen Arbeitsbeziehungen beru-

henden Formen des Kapitalismus. Wie immer die Entscheidung aussieht – sie hat gravierende soziale, internationale, gesellschaftlich-politische und ökologische Konsequenzen. Die Frage der Arbeitsbeziehungen ist also keine Angelegenheit nur für die Spezialisten in Gewerkschaften und Management. Sie betrifft alle sozialen Bewegungen, die an der Gestaltung der Zukunft arbeiten.

Aus dem Englischen von Thomas Stegers

Literatur

- Amadeo, E., und J.M. Camargo, 1990: Capital-Labour Relations in Brazil, in: WIDER-Projekt.
- Armstrong, P., A. Glyn und H. Harrison, 1984: Capitalism since World War II, London.
- Aoki, M., 1987: Horizontal versus Vertical Structures of the Firm, in: American Economic Review, Dezember.
- Aoki, M., 1988: A New Paradigm of Work Organization and Coordination: Lessons from Japanese Experiences, erscheint in: S. Marglin (Hrsg.), 1990, The Golden Age of Capitalism: Lessons for the 1990s, Oxford.
- Boyer, R. (Hrsg.), 1986: Capitalismes, fin de siècle, Paris.
- Boyer, R. 1990: Capital-labor Relations in OECD-Countries: Past, Present, and Future, in: WIDER-Projekt.
- Bowles, S., 1985: The Production Process in a Competitive Economy: Walrasian, Marxian and Neohobbesian Models, in: American Economic Review, 75. Jg.
- Bowles, S., D. Gordon und Weisskopf, 1986: Power and Profits: The Social Structure of Accumulation and the Profitability of the Postwar US Economy, in: Review of Radical Political Economics, 18. Jg.
- Braverman, H., 1974: Labor and Monopoly Capital. The Degradation of Work in the XXth Century, New York, dtsh.: Die Arbeit im modernen Produktionsprozeß, Frankfurt a.M. 1978.
- Doeringer, P.B., und M.J. Piore, 1971: International Labor Markets and Manpower Analysis, New York.
- Favereau, O., 1989: Marchés internes, marchés externes, in: Revue Economique, 40. Jg.
- Friedman, A., 1987: Industry and Labour, London.
- Glyn, A., A. Huges, A. Lipietz, und A. Singh, 1988: The Rise and Fall of the Golden Age, erscheint in: S. Marglin (Hrsg.), The Golden Age of Capitalism: Lessons for the 1990s, Oxford.
- Itoh, M., 1980: Value and Crisis, London.
- Köllö, J., 1990: Without a Golden Age – Eastern Europe, in: WIDER-Projekt.
- Leborgne, D., und A. Lipietz, 1988: New Technologies, New Modes of Regulation: Some Spatial Implications, in: Space and Society, 6. Jg.
- Leborgne, D., 1989: Avoiding Two-Tiers Europe, Paper for European Association of Labour Economists, First Congress, Turin, erscheint in: Labour and Society.
- Lipietz, A., 1979: Crise et inflation: pourquoi? Paris.
- Lipietz, A., 1984: L'audace ou l'enlèvement. Sur les politiques économiques de la gauche, Paris.
- Lipietz, A., 1985a: Mirages et miracles. Problèmes de l'industrialisation dans le Tiers-Monde, Paris; englische Fassung: London 1987.
- Lipietz, A., 1985b: Le National et le Régional: quelle autonomie face à la crise mondiale du capital? Working paper Nr. 8521 des Centre d'études prospectives d'économie mathématique appliquées à la planification (CEPREMAP), Paris.

- Lipietz, A., 1989a: The Debt Problem, European Integration, and the New Phase of the World Crisis, in: New Left Review Nr. 176.
- Lipietz, A., 1989b: Choisir l'Audace. Une alternative pour le XXIème siècle, Paris.
- Lorino, P., 1989: L'économiste et le manager, Paris.
- Mahon, R., 1987: From Fordism to? New Technologies, Labor Market and Unions, in: Economic and Industrial Democracy, 8. Jg.
- Mahon, R., 1989: Towards a Highly Qualified Workforce: Improving the Terms of the Equity-Efficiency Trade-Off, Paper for: The Colleges and the Changing Economy, Toronto.
- Marglin, S. (Hrsg.), 1990: The Golden Age of Capitalism: Lessons for the 1990s, Oxford.
- Marx, Karl, 1867: Das Kapital. Erster Band, Marx-Engels Werke Bd. 23, Berlin 1965.
- Mathews, J., 1989: Age of democracy. The politics of post-fordism, Melbourne-Oxford.
- Messine, P., 1987: Les Saturniens, Paris.
- Mohan Rao, J., 1990: Capital-Labour Relations in India: Continuity and Changes, in: WIDER-Projekt.
- Piore, M.J., und C.F. Sabel, 1984: The Second Industrial Divide: Possibilities for Prosperity, New York, dtsh.: Das Ende der Massenproduktion, Berlin 1985.
- Riboud, A., 1987: Modernisation, mode d'emploi, Paris.
- Ruskin, K., 1990: Reform and System Change in China, in: WIDER-Projekt.
- Wallraff, G., 1986: Ganz unten, Köln.
- Williamson, O.E., 1985: The Economic Institutions of Capitalism: Firms, Markets, Relational Contracting, New York.
- You, J.I., 1990: Is Fordism Coming to Korea?, in: WIDER-Projekt.

Hartmut Häußermann

Stadtplanung: Machtkampf, Kunst oder Fachdisziplin?

zugleich eine Rezension von:

- Werner Durth / Niels Gutschow: *Träume in Trümmern, Planungen zum Wiederaufbau zerstörter Städte im Westen Deutschlands 1940–1950*, 2 Bände, Friedr. Vieweg & Sohn Braunschweig/Wiesbaden, 1988, DM 298,-
- Stefan Fisch: *Stadtplanung im 19. Jahrhundert, Das Beispiel München bis zur Ära Theodor Fischer*, Oldenbourg Verlag München, 1988, 329 S.
- Donald J. Olsen: *Die Stadt als Kunstwerk*. London, Paris, Wien, Campus Verlag Frankfurt/Main 1988, 318 S., DM 98,-
- Soziale Räume in der Urbanisierung, Studien zur Geschichte Münchens im Vergleich, 1850–1933, herausgegeben von Wolfgang Hardtwig und Klaus Tenfelde*, Oldenbourg Verlag München, 1990, 291 S., DM 98,-
- Johannes Willms, *Paris. Hauptstadt Europas 1789–1914*. Verlag C.H. Beck München, 1988, 563 S., DM 48,-

1. Die grellen Farben der modischen Sportanzüge kommen so richtig zur Geltung, wenn im Sonnenlicht des Spätsommers die Tennis-Amateure ihre Bälle gegen die weißgraue Granitwand schlagen. Kinder haben auf der Fläche davor genug Platz, um auf Fahrrädern und Skateboards zu wetteifern. Karussellmusik weht vom Volksfest herüber, das wie jedes Jahr auf der anderen Seite des Riesenbaus stattfindet.

Die friedliche Szenerie bietet sich dar auf dem Gelände, das die NSDAP für ihre Reichsparteitagsorgien in Nürnberg hergerichtet hatte. An der Rückwand der Zeppelintribüne, von der aus die NS-Führung den Aufmarsch der uniformierten Kolonnen verfolgte, wird heute Tennis trainiert. Die Tribüne ist lückenlos eingefasst mit Leitplanken, symbolisch exterritorialisert, aber dennoch zugänglich. Im Innern wird die Ausstellung „Faszination und Gewalt“ gezeigt, die über die Methoden faschistischer Propaganda aufklären soll. Viele amerikanische Reisegruppen verfolgen die Videos.

Nürnberg ist die einzige Stadt, die mit monumentalen Resten aus der NS-Zeit leben muß. Vor der 350 Meter langen Tribüne liegt das Zeppelinfeld, eingefasst durch weitere Steintribünen, auf denen Gras wächst. Das riesige Feld wird von